
Bildung ohne Barrieren: Für eine gerechte finanzielle Unterstützung von Studierenden

Von der Mitgliederversammlung am 16. November 2024 beschlossen.

Die aktuelle Bildungspolitik stellt zahlreiche Studierende vor existenzielle Herausforderungen. Dies gefährdet den Studienerfolg und erhöht die physischen und psychischen Belastungen, besonders betroffen sind internationale Studierende, die durch soziale Sicherungssysteme fallen. Als Bundesverband Katholische Kirche an Hochschulen (BKKH) fordern wir eine bessere finanzielle Ausstattung unseres Bildungssystems und eine flächendeckende, unbürokratische und kurzfristige Unterstützung von Studierenden in Notlagen, damit finanzielle Krisen nicht zu Lebenskrisen werden.

Bildung als Beitrag zum Gemeinwohl und sozialetische Verpflichtung

Chancengleichheit, soziale Gerechtigkeit und Solidarität sind Grundwerte, die im Zentrum einer fairen Bildungspolitik stehen müssen, die sich als zentraler Teil einer gemeinwohlorientierten Gesellschaftspolitik versteht. Aktuelle Zahlen zeigen jedoch: Studierende geben im Durchschnitt 54 % ihres Einkommens für Miete aus, in der Gesamtbevölkerung sind es 25 %. Zudem gelten 35% der Studierenden als armutsgefährdet. Diese Zahlen verdeutlichen die Dringlichkeit einer Reform des bestehenden Systems.

Versagen der BAFÖG-Reform

Die kürzlich verabschiedete 29. BAFÖG-Novelle hat kaum dazu beigetragen, die finanzielle Notlage der Studierenden zu lindern. Nur zwölf Prozent der Studierenden erhalten BAFÖG. Auch die ab Oktober 2024 erhöhten Sätze von 855 Euro für Miete und Lebenshaltungskosten liegen weiterhin unter der Unterhaltsbemessungsgrenze von 930 Euro, wie sie die sogenannte Düsseldorfer Tabelle festlegt. Dies zeigt, dass das BAFÖG-System dringend überarbeitet werden muss, um den tatsächlichen Lebenshaltungskosten gerecht zu werden.

Besondere Herausforderung für internationale Studierende

Internationale Studierende aus Nicht-EU-Ländern sind besonders stark von den bestehenden Missständen betroffen. Sie haben in der Regel keinen Anspruch auf BAFÖG, und der Zugang zu anderen finanziellen Unterstützungssystemen ist stark eingeschränkt. Zudem schaffen sogenannte Sperrkonten und Studiengebühren in einigen Bundesländern erhebliche zusätzliche finanzielle Belastungen.

Fehlende soziale Infrastruktur und prekäre Wohnverhältnisse

Die Versorgungsquote mit preiswertem Wohnraum für Studierende ist auf einem historischen Tiefstand. Öffentliche Mittel zur Schaffung und Förderung von Wohnraum für Studierende sind trotz guter Ansätze durch Förderprogramme des Bundes im Wohnungsbau nicht ausreichend. Viele Studierende sind gezwungen, auf überbewerteten Wohnraum auszuweichen, was ihre finanzielle Situation weiter verschärft. Zusätzlich fehlt es an akuten Nothilfen, wie sie beispielsweise die Darlehenskassen der Studierendenwerke anbieten.

Diese stehen jedoch nur einem kleinen Teil der Studierenden zur Verfügung, und viele Betroffene scheitern an den bürokratischen Hürden, um solche Angebote wahrzunehmen.

Katholische Kirche hilft, doch umfassende staatliche Maßnahmen fehlen

Die Katholische Kirche unterstützt mit ihrer Arbeit an den Hochschulen Studierende in Not. Wie eine Umfrage des BKKH zeigt, erleben die Hochschulgemeinden und -zentren sowie die Mitgliedsorganisationen die prekären finanziellen Lebenslagen vieler Studierender nachdrücklich im Alltag. Mit zahlreichen Wohnheimen, zwei Studienförderwerken, verschiedenen Notfonds vor allem für Internationale Studierende und vielfältigen Beratungsangeboten für Studierende tragen sie aktiv dazu bei, die Härten des bestehenden Systems abzufedern. Eine langfristige Lösung ist dies jedoch nicht. Die Verantwortung für die finanzielle Absicherung der Studierenden darf nicht auf kirchliche und andere gesellschaftliche Träger abgewälzt, sondern muss durch staatliche Maßnahmen umfassend gelöst werden.

Unsere Forderungen

- **Flächendeckende Notfallunterstützung für Studierende:** Es muss sichergestellt werden, dass Studierende in finanziellen Notlagen schnell und unbürokratisch Hilfe erhalten. Dies gilt insbesondere für internationale Studierende, die häufig keinen Zugang zu den bestehenden sozialen Sicherungssystemen haben. Hochschulen und staatliche Stellen auf Bundes- und Landesebene müssen hier klare Verantwortung übernehmen.
- **Bessere Ausfinanzierung der Studierendenwerke:** Die Studierendenwerke benötigen eine deutlich verbesserte Finanzierung, um ihre wichtige Rolle in der sozialen Infrastruktur weiter ausbauen zu können. Dazu gehören die Bereitstellung von preiswertem Wohnraum und die Vergabe von Notfall-Stipendien oder -Darlehen.
- **Reform des BAFöG-Systems:** Das BAFöG muss so angepasst werden, dass es den tatsächlichen Lebenshaltungskosten der Studierenden entspricht. Dazu braucht es eine automatische Angleichung der Fördersätze und Bedarfsgrenzen an die Preis- und Lohnentwicklung. Der Zugang zu BAFöG muss außerdem wieder für mehr Studierende geöffnet werden.
- **Ausbau bezahlbaren Wohnraums:** Die Bereitstellung an öffentlich gefördertem Wohnraum für Studierende muss dringend ausgebaut werden. Der derzeitige Mangel an erschwinglichem Wohnraum ist eine der Hauptursachen für die finanzielle Belastung der Studierenden.
- **Sicherheitsnetz für internationale Studierende:** Internationale Studierende dürfen nicht durch das Raster der sozialen Sicherung fallen. Der Zugang zu Nothilfen, Stipendien und preiswertem Wohnraum muss für alle Studierenden, unabhängig von ihrem Herkunftsland, gewährleistet sein. Die Sperrkonto-Pflicht sollte überprüft und gegebenenfalls flexibilisiert werden, um Studierenden aus Drittstaaten den Zugang zur Hochschulbildung zu erleichtern.

Die prekäre finanzielle Lage vieler Studierender ist ein Symptom tiefer struktureller Probleme im deutschen Bildungssystem. Als Bundesverband Katholische Kirche an Hochschulen (BKKH) fordern wir auf Basis der christlichen Sozialethik Gerechtigkeit und Solidarität für finanziell und sozial benachteiligte Studierende. Eine Bildungspolitik, die diesen Grundsätzen gerecht wird, muss sicherstellen, dass finanzielle Notlagen nicht den Bildungsweg und die Lebensperspektive von Studierenden gefährden. Der BKKH ruft daher zu einer sofortigen und umfassenden Reform der finanziellen Unterstützungsstrukturen für Studierende auf.